

P/AVIII/123

Bonn, den 3. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2 Ein Mietrecht, das nicht sozial ist 69

Der Irrtum des Bundeswohnungsstauminieters
Von Margarete Berger-Heise, MdB

3 - 4a Aus dem gleichen Ideengut geboren 115

Zur Hundertjahrfeier der sudetendeutschen Sozialdemokratie
Von Dr. h.c. Wenzel Jaksch, MdB

4a Enttäuschter Ulbricht 32

Nach dem Ostberliner Zwischenspiel Chruschtschows

5 - 6 Im Zeichen des Moskauerbesuches der Peking-Chinesen 84

Die sowjetische Konzeption des nuklearen "Blitzkrieges"
Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

Chefredakteur Günter Kerkscheffel
(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

3. Juli 1963

Ein Mietrecht, das nicht sozial ist

Der Irrtum des Bundeswohnungsbauministers
Von Margarete Berger-Boise, MdB

In Fernsehsendungen bemüht sich dieser Tage der Bundeswohnungsbauminister die Folgen der Abschaffung des Mieterschutzes und der Freibindung zu verniedlichen.

Minister sagen bekanntlich niemals die Unwahrheit, sie ähren sich höchstens. So unterlief Herrn Lücke in einer Diskussion mit Journalisten der Irrtum, die Sozialdemokraten hätten im Ausschuß für und im Plenum gegen eines seiner Gesetze gestimmt. Daß dem nicht so ist, kann man in Protokollen nachlesen.

Bereits im 3. Bundestag¹ hatten CDU/CSU und FDP in namentlicher Abstimmung gegen die SPD beschlossen, den Mieterschutz und die Freibindung ab 1. Juli 1963 aufzuheben. Dafür sollte ein soziales Mietrecht und ein Wohnungsbefehlgesetz geschaffen werden. Die Vorschriften des sogenannten sozialen Mietrechts sollten nach dem Willen der Mehrheit in möglichst langem zeitlichen Abstand zu Bundestagswahlen verabschiedet werden; sie wurden unter einem ihrer Bedeutung nach unwürdigen Zeitdruck durch die Ausschüsse gejagt. 1963 wurden wieder einige Vorschriften in das BGB eingefügt, der Rest soll im Frühjahr 1964 folgen.

Dieses Gesetzeswerk auf Stottern verdient keineswegs den Titel eines sozialen Mietrechts. Es regelt lediglich die Kündigungsfristen und ein Widerspruchsrecht des Mieters bei der befristeten Kündigung des Mietverhältnisses.

Wer also in einem weißen Kreis wohnt, in einem Kreis, in dem nach statistischer Berechnung für einehundert Haushalte 97 Wohnungen zur Verfügung stehen, dem kann nunmehr vom 1. November d.J. an die Kündigung gestellt werden, die je nach Dauer des Mietverhältnisses in drei Monaten oder einem Jahr wirksam wird. Die Kündigung braucht nicht begründet zu sein. Wenn der Mieter ihr aber widersprechen will, so muß er vor Gericht beweisen, daß der Verlust der Wohnung wegen besonderer Umstände einen Eingriff in seine und seiner Familie Lebensverhältnisse bewirken würde, dessen Härte auch unter voller Würdigung der Belange des Vermie-

ters nicht zu rechtfertigen wäre.

Dem Mieter wird also in Zukunft die Beweislast auferlegt, daß der durch Kündigung erfolgte Eingriff in seine Lebensverhältnisse unzumutbar ist. Gelingt es ihm, den Richter davon zu überzeugen, so kann dieser das Mietverhältnis für eine bestimmte Zeit verlängern. Ein zweites Mal kann der Mieter aber einer Kündigung nicht widersprechen.

Das ist im Wesentlichen der Gehalt des sogenannten sozialen Mietrechts, ein befristeter Vollstreckungsschutz, der vom Richter in Ausnahmefällen gewährt werden kann. Die bereits vor Inkrafttreten dieser Bestimmungen an viele Mieter verschickten Kündigungen lassen den Umfang der Unruhe unter den Mietern ahnen, die keinen Wohnungsmarkt vorfinden.

Die Koalitionsparteien haben im Bundestag betont, sie übernehmen die volle Verantwortung für dieses Gesetz und würden es auch den Wählern gegenüber vertreten.

65 Prozent aller Bundesbürger wohnt zur Miete. Auch wenn die Bewohner der Gebäude, die als sozialer Wohnungsbau errichtet wurden, nicht um ihre Wohnungen bangen müssen, so liegt es doch im allgemeinen Interesse, daß der Bundestag im nächsten Frühjahr in nochmaligen sorgfältigen Beratungen ein soziales Mietrecht schafft, das diesen Namen wirklich verdient.

Der beste Mieterschutz ist allerdings ein ausreichendes Angebot guter Wohnungen zu erschwinglichen Mieten.

Der Bund zieht sich aus der Förderung solcher Wohnungen immer mehr zurück und überläßt diese Aufgabe den Ländern. Dagegen zeichnen sich in der Diskussion um die öffentliche Bautätigkeit merkwürdige Vorschläge ab. Durch ein verfassungswidrigen Gesetz soll die Bundesregierung die Vollmacht erhalten, "nach Anhörung des Bundesrates verbindliche Richtlinien zur Haushaltsführung der Länder und Gemeinden (für das Sachgebiet Bauwirtschaft) zu erlassen". Dieser beabsichtigte Eingriff in die Ausgabenwirtschaft der Länder und Gemeinden dürfte nie zustande kommen, er wäre sonst einer Reglementierung durch den Bund, die sich früher oder später auch auf die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausdehnen würde.

Aus dem gleichen Ideengut gekoren

Zur Hundertjahrfeier der sudetendeutschen Sozialdemokratie

Von Dr. h.c. Wenzel Jaksch, MdB

Die Hundertjahrfeier der sudetendeutschen Arbeiterbewegung, die am kommenden Sonntag im Münchener Herkulessaal begangen wird, erinnert an die Ausstrahlungen der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins über Deutschlands Grenzen hinaus. Noch im Jahr 1863 entstand in dem westböhmisches Weberstädtchen Asch die erste Organisation der Lassalleaner auf dem Boden Österreich-Ungarns. An ihrer Spitze stand der Strumpfwirker und Hilfslehrer Johann Simon Martin, der die Gründung dem Vizepräsidenten des Leipziger Bundes, Dr. Dammer, in einem Schreiben mitteilte, das in bewegten Worten die Notlage der Ascher Textilarbeiter schilderte. Lassalle war über dieses Auslandschreiben entzückt, doch glaubte er, "Abkömmlinge der alten Hussiten" für seine Ideen gewonnen zu haben. Er setzte Simon zu seinem Bevollmächtigten ein, doch die k. und k. Statthalterei in Prag setzte zunächst durch ein strenges Verbot der Ausbreitung der Lassalleanischen Bewegung in Österreich behördliche Schranken. Mit dem Schreiben des Strumpfwirkers Simon an Dr. Dammer begann jedoch die hundertjährige gemeinschaftliche Zusammenarbeit zwischen der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung der Sudetenländer.

* * *

Überhaupt haben die Sozialisten der Gründergeneration die damaligen Staatsgrenzen nicht sehr ernst genommen. In Treuchtlingen starb nach der Verteilung - fast hundertjährig - der alte Pellinghauser aus Weipert im böhmischen Erzgebirge, der während der Verfolgungsjahre abwechselnd im sächsischen Annaberg und in seiner Heimatstadt wirkte, wo es eben die Polizeischikanen irgendwie möglich machten. Auch August Bebel kam während der Keunzigerjahre mehrmals "illegal" zu Beratungen mit seinen deutschböhmischen Gesinnungsfreunden nach Teplitz-Schönbach. Die relative Pindigkeit der örtlichen Polizei konnte indes niemals seine Übernachtungsstätte ermitteln, weil ihr der sympathische Gefängnisaufseher "atonlosgenig" in seiner freistehenden Arrestzelle unterbrachte. Auch bei den ersten gemeinsamen Kundgebungen deutsch-schlesischer und tschechischer Arbeiter wurden Gastredner aus Leipzig und Dresden stämmisch gefeiert.

* * *

Auch im "gemütlichen" Österreich gab es schwere Sozialistenverfolgungen in den Siebziger- und Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts. Das Prager Landesgericht führte damals den Spottnamen "Ständiger Internationaler Sozialistenkongreß", weil es ständig Arbeiterführer beider Landesvölker beerbeigte. Zeitweise war die nordböhmische Industriestadt Reichenberg Vorort der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie. Dieses "deutschböhmische Manchester" entwickelte sich rasch zu einem Schwerpunkt der sudetendeutschen Arbeiterbewegung, die hauptsächlich von Textilarbeitern, Glasmachern und Bergleuten getragen wurde. Noch unter einem Fürstklassenwahlrecht um die Jahrhundertwende sind dort die ersten Durchbruchschlachten um die Demokratisierung Altbösterreichs geschlagen worden. Unter den ersten 14 Sozialdemokraten, die 1897 von Bregenz bis Czernowitz in das Wiener Reichsparlament gewählt wurden, kamen sieben aus dem industriellen Nordböhmen und Deutschschlesien.

Neben Wien und Prag waren Reichenberg, Aussig, Teplitz, Karlsbad, Währisch-Schönberg, Jägerndorf und die zweisprachige mährische Landeshauptstadt Brünn die Hauptschauplätze des Ringens um das allgemeine Wahlrecht, das 1905 bis 1907 im Flammenschein der ersten russischen Revolution durchgesetzt worden ist. Im sudetendeutschen Grenzland, südlich von Sachsen und Schlesien, wählten bereits 1907 knapp 40 Prozent aller Wahlberechtigten die sozialdemokratischen Wahlwerber. Dort stand die Hälfte der Jugendorganisationen, ein Drittel der Frauenbewegung und ein starkes Drittel der Wählerschaft der Gesamtpartei Viktor Adlers, die das Ideengut des demokratischen Sozialismus weit nach Südosteuropa trug.

Die 1919 selbständig gewordene sudetendeutsche Sozialdemokratie errang bei den ersten Wahlen in die tschechoslowakische Nationalversammlung 45 Prozent aller deutschen Stimmen und 3 Mandate. Sie warf auch den Ansturm der kommunistischen Spalter zurück, während die tschechische Sozialdemokratie zunächst überrannt wurde und mühselig ihre Organisationen wieder aufbauen mußte. Leider raffte eine plötzliche Erkrankung den Bannerträger der sudetendeutschen Arbeiterbewegung, Josef Seliger, mitten in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten dahin.

* * *

Josef Seliger hatte als Dreissigjähriger auf dem Brünner Kongreß von 1899 das föderalistische Nationalitätenprogramm der gesamt-österreichischen Sozialdemokratie verfochten, dessen Grundsätze auch von den tschechischen, polnischen, ukrainischen und südslawischen Sozialdemokraten der Monarchie übernommen wurden. Dieses Programm befruchtete die Diskussionen über die Neuordnungsprobleme des zaristischen Völkerreichs und selbst im Scheinföderalismus der Sowjetverfassung kann man noch Spuren davon finden. Einer der besten britischen Kenner der sowjetischen Nationalitätenprobleme, der jüngst verstorbene Schriftsteller Walter Kolara, kam aus der Schule Seliger-Renner-Bauer. Er war aus der sudetendeutschen Arbeiterjugend hervorgegangen

* * *

Im eigenen Lande blieb jedoch der sudetendeutsche Verständigungspolitik der Erfolg versagt. Josef Seliger, der ein Menschenalter lang für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker Österreich-Ungarns gekämpft hatte, trat 1918 mit an die Spitze des Kampfes um das Selbstbestimmungsrecht der 3,3 Millionen Sudetendeutschen. Aber die Hoffnungen auf eine Donauföderation dreier Völker oder auf eine als "höhere Schweiz" organisierte Tschechoslowakei scheiterten an der Unvernunft der Sieger des ersten Weltkrieges. Im Zweifrontenkampf mit dem tschechischen Staatsnationalismus und der wachsenden Staatsverneinung des eigenen Volkes verblüdete eine der ältesten sozialen Bewegungen im Herzen Europas.

* * *

Das Jahr 1933 brachte die tragische Wendung auch für die Bemühungen um eine innere Befriedigung der Völkerrepublik an der Moldau. Inmitten schuf die Regierungsbeteiligung der sudetendeutschen Sozialdemokratie in Prag noch für fünf Jahre manche Voraussetzung für das Wirken des exilierten Parteivorstandes der SPD und die Stützung des sozialdemokratischen Widerstandes gegen die Diktaturen in Deutschland und Österreich. Die Einlieferung tausender sudetendeutscher Sozialdemo-

braten in die Konzentrationslager des Dritten Reiches im Herbst 1938 vollendete die Gleichheit des Schicksals zweier Bruderparteien, die vor hundert Jahren aus dem gleichen Ideengut geboren wurden. In Dachau entwickelte sich eine enge Freundschaft zwischen Kurt Schumacher und Alois Ullmann, der dann nach 1945 mit der Immunität seiner Zebra-Uniform 90.000 sudetendeutsche Sozialdemokraten in geschlossenen Transporten aus den Vertriebungshüllen des Sudetenlandes nach Westdeutschland führte.

* * *

So ist diese Jahrhundertfeier nicht ohne stolze und tragische Erinnerungen. 3.000 sudetendeutsche Sozialdemokraten mußten 1938 ins Exil gehen, wo sie bis heute noch in England, Schweden, Norwegen und Kanada ihre Organisation aufrechterhalten. Viele ihrer alten Mitstreiter wurden 1945 in die Zone vertrieben, andere leben noch als Menschen ohne Menschenrechte in der alten Heimat, wo sie als unentbehrliche Facharbeiter zurückgehalten werden. In der Bundesrepublik haben sich ihre Gesinnungsfreunde in der Seliger-Gemeinde zusammengeschlossen. So mündete ein gewaltiges Schicksal in das gemeinsame Ringen mit der Bewegung Ferdinand Lassalles und August Babels um Freiheit und Selbstbestimmung aller Deutschen.

Enttäuschter Ulbricht

sp - So rechte Freude wird der sowjetische Staatshalter auf deutschem Boden, Walter Ulbricht, an seinem 70. Geburtstag nicht erlebt haben. Zwar besuchte ihn der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow mit seinem Besuch, auch seine Gefolgsleute aus Prag, Warschau und Budapest waren eingetroffen, doch offensichtlich drehten sich ihre Gespräche mehr um die durch den Konflikt mit Peking abgelösten Sorgen als um die Person Ulbrichts. Freilich bedurfte Ulbricht dringender einer Rückstärkung. Kennedys vier Tage Aufenthalt in der Bundesrepublik und in Westberlin machten überaus deutlich, wen die Sympathien des deutschen Volkes gehören. Kennedy gewann die Herzen der Deutschen und ein Chruschtschow kann an dieser Tatsache nicht vorbeigehen. Über die Lage in der Zone und über die Verhältnisse in der Bundesrepublik ist er schlecht unterrichtet, sonst hätten ihm nicht so wahrheitswidrige Behauptungen unterlaufen können wie die, die Berliner Schandmauer finge der Normalisierung zwischen "beiden deutschen Staaten" und damit der "Sache des Friedens". Chruschtschows Deutschlandkonzeption weist nicht die geringsten Veränderungen auf, noch immer ist es sein Hauptziel, diesmal freilich mit weniger Vehemenz, ja geradezu in einem erstaunlich mäßigen Ton verkündet, die Spaltung unseres Volkes zu verewigen. Doch Kennedy zeigte ihm die Grenze des sowjetischen Ausdehnungsbereiches. Für den ungeduldigen Ulbricht brachte Chruschtschows Auftritt eine Kette von Enttäuschungen. Chruschtschows Versicherung, die fortschreitende Koordinierung der Ostblockwirtschaft werde in der Zone die gestörten Wirtschaftsbeziehungen zu Westdeutschland ersetzen, ist wohl mehr als Trost denn als Realität zu werten, zumal sich Ulbricht zur gleichen Zeit erneut um Kredite aus der Bundesrepublik bemüht. Sein Rezept an die Arbeiter Mitteldeutschlands, noch mehr zu schaffen, dürfte ohne Wirkung bleiben, werden doch die Arbeiterkammer, die gewiß ebenso fleißig und tüchtig sind wie ihre Brüder und Schwestern in der Bundesrepublik, um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Hier liegt die eigentliche Schwäche Ulbrichts, die auch ein Chruschtschow nicht überwinden kann.

+ + +

3. Juli 1963

Im Zeichen des Moskubesuchs der Peking-Chinesen

Die sowjetische Konzeption des nuklearen "Blitzkrieges"

Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

Anfang Juli wird eine Delegation zweitklassiger Funktionäre des Regimes vom "Tor des Himmlischen Friedens" zu Peking im Krewl den sowjetischen Koexistenzlern die Leviten lesen. Was immer dabei herauskommen mag, eines steht von vornherein fest: Die Kommunistische Partei Russlands wird nicht die geringste Neigung zeigen, ihren Führungsanspruch im Block der roten Weltrevolutionäre mit den Chinesen zu teilen. Offensichtlich um dieser Geltung und des Eindrucks auf den stets aufsässigen Mao Tse-tung willen, hat der Krewl ein Werk seiner Generalstabler publiziert, das Russlands Strategie im Dritten Weltkrieg umfangreich, 300 Seiten stark, begründet. Es soll ohne Zweifel den Chinesen und den anderen Abweichlern vor Augen führen, daß die militante UdSSR die erste Geige in Konzert der kommunistischen Mächte spielt, auch wenn die Chinesen vielleicht zur Zeit der Moskauer Konferenz oder bald danach, ihre ersten Atombomben demonstrativ zünden sollten.

Die Redaktion.

Das auch im Englischen publizierte Werk der sowjetischen Strategen stellt zu Beginn, getreu dem marxistisch-leninistischen Dogma fest, daß der nächste große Krieg den Zusammenprall der beiden Systeme, des "kapitalistischen Imperialismus" mit der Starke des friedfertigen kommunistischen Blocks, bedeuten würde. Selbstverständlich wäre es dabei gewiß, daß die dekadenten Kapitalisten den kürzeren ziehen und ausgelöscht werden würden.

Den Chinesen soll ein Licht aufgehen. "Jeder kleine Krieg, in Laos, in Vietnam, in Korea oder sonstwo im Fernen Osten, schließt die Möglichkeit des Ausbruchs des globalen nuklearen Weltkriegs ein, wenn nicht der kleine Krieg bereits im Keime durch den schnellen Sieg der alliierten kommunistischen Mächte erstickt wird." Anderenfalls würde sich die Massenvernichtung durch nukleare und thermonukleare Waffen "wie ein Blitz über die Erde" ausbreiten.

Die sowjetischen Strategen fahren fort:

"Russland muß den nuklearen "Blitzkrieg" überraschend gegen die Territorien der USA und die Basen der NATO-Mächte führen.

Während sowjetische interkontinentale Raketen vernichtende Schläge gegen die Hochburgen des Kapitalismus führen, werden Panzer der Roten Armee durch Westeuropa zum Atlantik vordringen, "unterstützt durch die taktische Luftwaffe und durch Landungen von Fallschirmjägern.

Jede sowjetische Panzer-Armee rückt im Feuer ihrer taktischen nuklearen Waffen täglich 25 bis 40 Meilen vor.

3. Juli 1963

Kernwaffen aller Arten gelangen rücksichtslos zum Einsatz; sie werden die industriellen und politischen Zentren der Imperialisten zerstören.

Zugleich haben die sowjetischen Seestreitkräfte die Aufgabe der Vernichtung der gegnerischen Flotten."

Insbesondere werde es in Westeuropa keine oder kaum "Frontlinien" geben, "hinter denen sich die Armeen gegenüberstehen". "Die harten Schläge der UdSSR erfolgen an zahlreichen Punkten zugleich, auf das NATO-Hauptquartier und die westlichen Truppenmassierungen, auf die Abschussbasen der nuklearen Geschosse des Feindes und auf jede Art seiner militärisch wichtigen Einrichtungen. Hinter der Tank-Armee werden die kombinierten sowjetischen Streitkräfte nachsetzen und die Offensive in den zahlreichen eingeschlagenen Richtungen vertiefen." Weitere Einheiten von Tank-Verbänden, Panzerwagen und Geschwader von Hubschraubern würden mit taktischen nuklearen Waffen jeden Widerstand im Keim brechen, der Feind aufsplintern, ihn einschließen und dann vernichten. "Gleichzeitig wurden die sowjetischen interkontinentalen Raketen mit ihren thermonuklearen Kriegsköpfen, von Land und von See abgefeuert, die lebenswichtigen Zentren der USA zerstören."

Soweit die Sowjets in ihrer überausreichen, viele Einzelheiten umfassenden Publikation der militanten und Chruschtschows Theorie der Koexistenz entgegengesetzten Planung.

Ein Diplomat der Vereinigten Staaten von Amerika und militärischer Experte erklärte mir zu der sowjetischen Konzeption des nuklearen Blitzkrieges:

"Das sowjetische Werk wird gegenwärtig im Pentagon eingehend studiert. Geht man dabei von den Tatsachen aus, so ist eine auffallend. Die Russen unterhalten ein stehendes Heer von ungefähr 3,2 Millionen Mann und darin zahlenmäßig starke Brakampftuppen. Damit wollen sie in der Lage sein, die unerhört schweren Verluste im nuklearen Krieg aufzufüllen. Außerdem rechnen die Sowjets auch damit, daß ihr nuklearer Blitzkrieg in eine langdauernde Auseinandersetzung mit konventionellen Waffen übergehen kann. Sie wissen, daß wir auch nach einem überraschend geführten Angriff auf die großen Städte der USA mit einer solchen Macht zurückzuschlagen, daß die Existenz der UdSSR als einer Nation des zwanzigsten Jahrhunderts zu führen würde. Wir würden das sowjetische industrielle und militärische Potential zerstören und viele zehn Millionen der Bevölkerung der Sowjetunion auslöschen. Aber es könnte auch sein, daß die Sowjets zunächst nur militärische Ziele der USA angreifen würden. Auch die USA würden dann davon absehen, den nuklearen Krieg auf die zivile Bevölkerung auszudehnen. Das gäbe den Russen eine Chance. Sie hätten die letzte Gelegenheit zur Besinnung und zu Verhandlungen über die sofortige Beendigung dieses Krieges."

Der Amerikaner fügte hinzu: "Wenn die Russen mit dieser strategischen Planung auf die Chinesen Eindruck machen wollen, ich glaube, die Leute im Krenl werden sehr enttäuscht sein."